

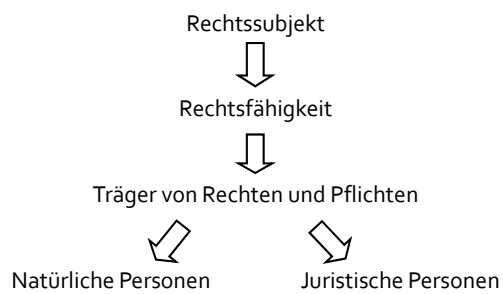
VO

Bürgerliches Recht Allgemeiner Teil

Univ. Prof. Dr. Andreas Kletečka

1

Rechtssubjekte



2

Natürliche und juristische Personen

- Natürliche Personen § 16 ABGB
→ Rechtsfähig ist jeder Mensch
- Juristische Personen § 26 ABGB
→ Gebilde, denen von der
Rechtsordnung Rechtssubjektivität
zuerkannt wird

3

Rechtsfähigkeit der natürlichen Person

- Umfang: Unbeschränkt
- Beginn: Vollendete Lebendgeburt (Vermutung § 23 ABGB)
 - § 22 ABGB - **Nasciturus**: Ungeborene werden bezüglich ihrer Rechte „als Geborene angesehen“
 - bedingt durch spätere Lebendgeburt
 - beschränkt - nur zum Vorteil des Ungeborenen

4

- Ende: Tod (Hirntod)

Beweis des Todes:

- Leichenbeschau durch Arzt (Totenschein)
- bei Fehlen des Leichnams: z.B. Zeugen

Fehlschlagen des Beweises:

Todeserklärung: Verschollenheit (§ 1 TEG)
bestimmter Dauer

→ begründet widerlegliche Vermutung

5

Entscheidungsfähigkeit

- faktische Fähigkeit, Bedeutung und Folgen des Handelns zu verstehen und
- Willen danach zu bestimmen und
- Verhalten entsprechend zu richten
- Von Alter und Geisteszustand abhängig
- Wird iZw bei Volljährigen vermutet

6

Handlungsfähigkeit

setzt idR Entscheidungsfähigkeit voraus
=> voll handlungsfähig ist der gesunde Erwachsene



Geschäftsfähigkeit

=

Fähigkeit, sich durch
eigenes
rechtsgeschäftliches
Verhalten zu berechtigen
bzw zu verpflichten.



Deliktsfähigkeit

=

Fähigkeit, durch eigenes
Verhalten
schadenersatzpflichtig
zu werden.

7

Geschäftsfähigkeit

Abhängig von der Altersstufe:

- Kinder
→ bis zum vollendeten 7. Lebensjahr
- Unmündige Minderjährige
→ vom vollendeten 7. bis 14. Lebensjahr
- Mündige Minderjährige
→ ab dem vollendeten 14. bis 18. Lebensjahr
- Volljährige
→ ab dem vollendeten 18. Lebensjahr

8

Kinder (< 7)

Völlig geschäftsunfähig

→ Rechtserwerb und Verpflichtung nur durch gesetzlichen Vertreter

Ausnahme:

„Taschengeldparagraph“ § 170 Abs 3 ABGB

- Alterstypisches Geschäft
- Geringfügige Angelegenheit des täglichen Lebens
- Wirksamkeit **rückwirkend** mit Erfüllung der das Kind treffenden Pflichten

→ Analogie: Wirksam sind auch kleinere Schenkungen

9

Unmündige Minderjährige (> 7 < 14)

Gültiger Abschluss von Rechtsgeschäften, aus denen sie **ausschließlich berechtigt** werden.

Achtung: Bloß wirtschaftlicher Vorteil genügt nicht, es dürfen keine Verpflichtungen entstehen!

- nicht Kauf- oder Leihverträge
- Schenkungen nur ohne Belastungen, Auflagen etc

10

Unmündige Minderjährige (> 7 < 14)

Abschluss eines Rechtsgeschäftes mit Verpflichtungen:

– Schwebende Unwirksamkeit

- Bis zur Erteilung oder Verweigerung der Einwilligung des gesetzlichen Vertreters
 - Vertragspartner ist solange an seine Erklärung gebunden
 - Fristsetzung des gebundenen Vertragspartners möglich
- Bei Erteilung → rückwirkende Wirksamkeit
- Bei Verweigerung → rückwirkender Wegfall

11

Mündige Minderjährige (>14<18)

Erweiterte Geschäftsfähigkeit § 170 Abs 2 ABGB:

- ♦ Verfügungs- und Verpflichtungsfreiheit über
 - Sachen, die ihnen **zur freien Verfügung** überlassen wurden und
 - über Einkommen aus eigenem Erwerb,
 - **soweit Befriedigung der Lebensbedürfnisse nicht gefährdet ist**

Soweit als möglich selbständige Erhaltungspflicht! Vorhandensein eines Unterhaltspflichtigen rechtfertigt noch keine Verfügungsfreiheit.

Eigentümer zu sein genügt nicht, es bedarf einer Verfügungserlaubnis durch den gesetzlichen Vertreter; zB Taschengeld, nicht aber Schulbücher

12

Mündige Minderjährige (>14<18)

- Abschluss von Dienstverträgen außer Lehr- und Ausbildungsverträge § 171 ABGB
- Auflösungsmöglichkeit aus wichtigem Grund durch gesetzlichen Vertreter

↙
Dauerschuldverhältnisse können vom Vertragspartner immer aus wichtigem Grund aufgelöst werden, hier aber auch vom **gesetzlichen Vertreter**

13

Mündige Minderjährige (>14<18)

- Besondere Regeln für die Geschäftsfähigkeit bei Abstammungsangelegenheiten § 141
- Einwilligungen in eine medizinische Behandlung
Entscheidungsfähigkeit
... im Zweifel vermutet
... uU Zustimmung des gesetzlichen Vertreters
- Testierfähigkeit: Mündlich vor Gericht oder Notar

14

Vertretung des Kindes durch die Eltern

- Bei Obsorge beider Eltern:
→ sollen einvernehmlich vorgehen
- Vertretung des Kindes
→ jeder Elternteil alleine berechtigt und verpflichtet § 167 Abs 1 ABGB
- Bestimmte Vertretungshandlungen: Zustimmung beider Eltern
→ siehe § 167 Abs 2 ABGB
zB Namensänderung, Ein-/Austritt aus Kirche oder Religionsgesellschaft

15

- Zusätzlich: Gerichtliche Genehmigung
 - Vermögensangelegenheiten, die nicht zum ordentlichen Wirtschaftsbetrieb gehören

zB.: Unternehmensgründung, unbedingte Annahme oder Ausschlagung einer Erbschaft, Ablehnung einer Schenkung

16

Volljährige (> 18)

- Grundsätzlich volle Geschäftsfähigkeit
- § 168 ABGB: Volljähriger kann Geschäfte, die er als Minderjähriger abgeschlossen hat, nachträglich **schriftlich** genehmigen

17

Einschränkung der vollen Geschäftsfähigkeit Volljähriger

- Unfähigkeit, Bedeutung rechtsgeschäftlicher Handlungen zu erkennen
 - Psychisch Kranke oder vergleichbar Beeinträchtigte
 - *permanent*
 - Sinnesverwirrte (z.B. unter Drogen stehende)
 - *vorübergehend*
- Beurteilung der Entscheidungsfähigkeit im Einzelfall („lucidum intervallum“)
- Geschäfte des § 170 Abs 3

18

Erwachsenenvertreter § 239

Bestellung oder Eintragung bei:

Volljährigen Personen, die

- psychisch krank oder sonstig beeinträchtigt sind
- bei Gefahr eines Nachteils für die kranke Person

Subsidiarität (§ 240):

Stellvertretung ist unzulässig, wenn Unterstützung durch Familie, Pflegeeinrichtung, sozialem Dienst oder durch Patientenverfügung ausreichend versorgt ist; Prüfung in Clearingverfahren

4 Säulen-Modell stellt Eignungspyramide dar

19

1. Säule: Vorsorgevollmacht

- Für den Fall der Verlust der Entscheidungsfähigkeit erteilte Vollmacht
- Volle Entscheidungsfähigkeit bei Erteilung
- Höchstpersönlich und schriftlich vor Notar, RA oder ErwSchVerein
- Eintragung ist konstitutiv
- Besteht unbefristet

20

2. Säule: Gewählter ErwV

- bei geminderter Entscheidungsfähigkeit
→ Eigenständiges Wählen des ErwV, nur nahestehende Person
- Bevollmächtigungsvertrag vor Notar, RA oder ErwSchVerein
- Vereinbarung muss Wirkungsbereich festlegen, Co-decision möglich
- Eintragung konstitutiv, unbefristet

21

3. Säule: Gesetzlicher ErwV

- Gefahr eines Nachteils, subsidiär zu Vorsorgevollmacht und gew ErwV
- Nur nächste Angehörige
- Konstitutive Wirkung der Eintragung
- Endet nach drei Jahren, Neueintragung möglich

22

4. Säule: Gerichtlicher ErwV

- konstitutive Wirkung des Beschlusses, Eintragung ist deklarativ
- nach 3 Jahren erneuert oder Erlöschen der Bestellung
- Wirkungsbereich ist genau zu umschreiben, nicht pauschal für „alle“ Wirkungsbereiche
- Genehmigungsvorbehalt ist möglich
- Geschäftsfähigkeit der Person selbst: Grds nicht eingeschränkt; hängt von Entscheidungsfähigkeit ab, Gericht kann bestimmte Handlungen einschränken (Genehmigungsvorbehalt) (§ 242 Abs 2 ABGB)

23

Erwachsenenvertreter

- Erwachsenenvertreter besorgt die ihm Wirkungsbereich gelegenen Angelegenheiten, trägt Sorge für die Person
- Geschäfte des alltäglichen Lebens iSd § 170 Abs 3 Prüfung im Einzelfall, ob entscheidungsfähig
- Informations- und Äußerungsrecht der vertretenen Person

24

Einwilligung in eine medizinische Behandlung

- § 252 Abs 1 - durch vertretene Person selbst, wenn
 - erforderliche Entscheidungsfähigkeit oder
 - verbindliche/beachtliche Patientenverfügung vorliegt
- § 253 Abs 1 - ansonsten Zustimmung des (bestellten/zum bestellenden) Vertreters
- § 254 Anrufung des Gerichts durch Vertretenen

25

Deliktsfähigkeit

- Ab dem vollendeten **14. Lebensjahr** (Mündigkeit)
- Vorher: Haftung des Obsorgepflichtigen bei Verletzung von Aufsichtspflichten möglich (§ 1309)
- Ausnahme § 1310:
 - subsidiäre Haftung des Unmündigen bei mangelndem Verschulden/Vermögen der Aufsichtspersonen
 - Prüfung, ob im Einzelfall doch Verschuldensvorwurf erhoben werden kann
 - Unterlassung der Verteidigung zur Schonung des Schädigers
 - Vermögensvergleich

26

Deliktsunfähig sind weiters:

- Geistesranke, Geistesschwache, Sinnesverwirrte
 - Lucida intervalla machen deliktsfähig
 - Wer sich als Zurechnungsfähiger schuldhaft in einen Zustand der Sinnesverwirrung versetzt, haftet für die in diesem Zustand rechtswidrig zugefügten Schäden.
- *Mut antrinken befreit nicht von der Haftung!*

27

Juristische Person

- Interesseneinheit
- Personenvereinigungen und Sachgesamtheiten



Zusammenschluss
mehrerer Menschen

z.B. AG, GmbH, OG,
KG, Verein



Vermögen wird bestimmtem
Zweck gewidmet

z.B. Stiftung, Anstalt, Fond

28

Juristische Person

Charakteristiken:

- Verwaltung durch Organe
- Mehrheitsprinzip
- Bestand unabhängig von Mitgliederwechsel

→ NICHT GesBR:

- keine Organe,
- Einstimmigkeitsprinzip,
- Existenz von Mitgliedern abhängig

29

Juristische Person

- Juristische Personen des öffentlichen Rechts
→ ausgestattet mit hoheitlichen Befugnissen

➤ Bsp.: Bund, Länder, Gemeinden, Universitäten,
Interessenvertretungen (meist Zwangsmitgliedschaft)

- Juristische Personen des Privatrechts

30

Juristische Person

- § 26 ABGB: Gleichstellung mit nP
 - Einschränkungen aufgrund der Natur der jP
 - zB best. Persönlichkeitsrechte, Familienrechte
- Ultra-vires-Lehre: Rechtsfähigkeit nur im Rahmen des statutenmäßigen Wirkungsreises
→ abzulehnen!
- Rechtsfähig, aber nicht handlungsfähig
→ Natürliche Personen (Organe) handeln für sie

31

Trennungsprinzip

- **Trennungsprinzip:** Vermögen der juristischen Person ist von Vermögen der Mitglieder getrennt
→ kein "Durchgriff"
- Ausnahmen:
 - » Zurechnungsdurchgriffe
 - » Haftungsdurchgriffe
 - » Wissenszurechnung

32

Haftung und Wissenszurechnung

- **Repräsentantenhaftung:** Rechtswidriges Verhalten von Machthabern begründet Ersatzpflicht der jP
 - Machthaber: Leitende Stellung in der Organisation der jP
 - Wird zum Teil auf natürliche Person übertragen
- **Wissenszurechnung:** Inwieweit muss sich jP Wissen der für sie handelnden Personen zurechnen lassen?
 - Unbeschränkte Zurechnung des Wissens zuständiger Machthaber
 - Zurechnung nur der dienstlichen Kenntnisse bei unzuständigen Machthabern und anderen Hilfspersonen

33

Persönlichkeitsrechte

- Dienen dem unmittelbaren Schutz der natürlichen Person (jP soweit auf sie anwendbar)
- Genießen absoluten Schutz
- Bei Verletzung: Schadenersatz-, Beseitigungs- und ev Bereicherungsansprüche
Vorbeugend: Unterlassungsanspruch
 - Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit
 - Recht auf Freiheit
 - Recht am eigenen Bild etc.

34

Rechtsobjekte

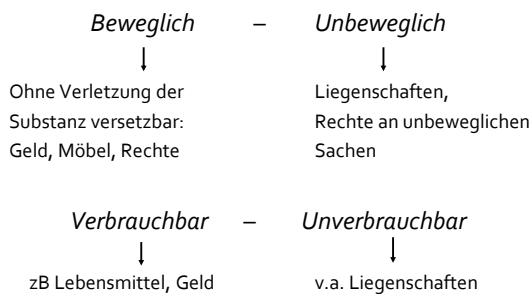
Unterscheide: Rechtssubjekte (Personen) von
Rechtsobjekten (Sachen)

§ 285 ABGB: „Alles, was von der Person
verschieden ist und zum Gebrauch des Menschen
dient,...“

- weiter Sachbegriff:
 - körperliche Sachen (auch Strom, Gas)
 - unkörperliche Sachen (Forderungsrechte, Immaterialgüterrechte)
 - § 285a ABGB: Tiere sind keine Sachen!

35

Rechtsobjekte



36

Vertretbar



Im Verkehr nach Maß,
Zahl, Gewicht bestimmt
-> serienmäßig erzeugte Ware

-

Unvertretbar



nach individuellen
Merkmalen bestimmt
-> zB Maßanzug

37
